

Anlage zur Niederschrift 27.04.2023

Anfragen der BürgerInnen im Stadtrat 27.04.2023

Frank Schwerdtner, Vereinsvorsitzender der SG Robur Zittau, äußert i.S. Schwimmförderung seine Fragen. Warum erfolgt die Schwimmhallenförderung für die Kinder- und Jugendlichen mittels einer Kopf-Pauschale im Jahr 2023 auf einer veralteten Datenbasis? Aktuelle Grundlage für den heutigen Beschluss ist der Mitgliederstand zum 1.1.22, mittlerweile gibt es vom 1.1.23 einen aktuellen Mitgliederstand. Hier findet seiner Ansicht nach eine Verfälschung statt. Ist es gewollt, dass über die Kopf-Pauschale Kinder- und Jugendliche, die nicht der Stadt Zittau wohnen und das Schwimmtraining nicht im Stadtbad Zittau durchführen, zu Lasten der Kinder und Jugendlichen aus der Stadt Zittau gefördert werden. Als konkretes Beispiel führt er die DLRG Zittau an. Wie soll die Förderung mittels Kopf-Pauschale in den Folgejahren aussehen? Was tun Sie, wenn die Mitgliederzahl in den Vereinen steigt?

Frau Sonntag beantwortet die Fragen. Es gibt zwei Varianten in der Beschlussvorlage. Die eine ist bezugnehmend die Förderung auf die Zahlen aus 2022 und die andere ist eine Pro-Kopf-Förderung. Sie beziehen sich nicht auf veraltete Daten, sondern, die Förderrichtlinie, die dann angewendet werden würde, wenn diese Pauschale beschlossen werden würde, bezieht sich auf die Daten, die gemeldet werden. Was hier hochgerechnet wurde ist ein Beispiel aus dem Jahr 2022. Natürlich werden die aktuellen Zahlen als Grundlage dienen, die vom Sportbund gemeldet werden. Zur zweiten Fragen verweist sie auf die Förderrichtlinie, die dem Beschluss anhängt ist, dass dies in der Förderrichtlinie ausgeschlossen wird. Wir fördern ausschließlich das Schwimmen in unserem Stadtbad oder in unseren Schwimmhallen. Bei steigender Mitgliederzahl wird natürlich die Förderung angepasst und sie bekommen mehr Geld.

Frau Schwarz möchte wissen, warum die Ungleichbehandlung der Schwimmer gegenüber allgemeinen anderen Sportarten durch die Stadt Zittau stattfindet. Einmal bei der Förderung der Kinder- und Jugendsports der Turnhallenförderung 90 % und die Schwimmhallenförderung 50 %. Bei der Erwachsenenförderung die Turnhallen 40 % und Schwimmhallenförderung Null.

OB Zenker antwortet. Das ist Gegenstand der Diskussion, die wir aktuell bis zu diesen Punkt geführt haben. Das Ziel ist, eine möglichst hohe Förderung, aber eine völlige Herstellung der Fairness so glaubt er, werden wir nicht erreichen. Wir haben mehrere Sportvereine, die gar nicht gefördert werden. Erstmals ist man ein Stück weiter i.S. vorangegangen, um tatsächlich eine Umverteilung dahingehend hin zu bekommen, dass es möglichst eine Gleichbehandlung gibt. Der aktuelle Status soll nicht beibehalten werden.

Frau Kretschmer möchte wissen, wenn die Kürzung der Förderung stattfindet, was passiert mit den Hallenzeiten, die die Vereine dann nicht mehr nutzen, steht die Halle leer. Weiter möchte sie wissen, ob bei den ausgearbeiteten Fördervorschlag mitgerechnet wurde, wie viele Schwimmhallennutzer es sein müssten um diesen Betrag, den eigentlich durch die Vereine genutzt wird, ausgeglichen werden kann.

OB Zenker antwortet zur zweiten Fragen. Ja, das ist immer Gegenstand der Verhandlung zwischen Stadt Zittau und der SBG, die verantwortlich für die Schwimmhallen ist. Grundsätzlich ist die Auslastung der Schwimmhallen Sache des Betreibers, der versucht, mit Vereinen, mit Kursen und öffentlichen Schwimmen es auszugleichen. Es geht nicht darum, die Hallen leer stehen zu lassen.

Frau Heymann ergänzt. In den Bäder gibt es unterschiedliche Nutzergruppen, beispielsweise die Vereine, die verschiedenen Schulen, bestimmte Kursangebote sowie ein öffentliches Schwimmen. Sie denkt, der Vergleich zwischen einer Nutzung durch eine Schule und Verein und des öffentlichen Schwimmens der hinkt immer, weil immer nur eine begrenzte Anzahl von Schwimmern im öffentlichen Schwimmen da ist. Wir versuchen ein angemessenes Angebot an öffentlichen Schwimmen zu haben, jedoch verweist sie darauf, dass dieser der ein defizitärer Bereich ist als die andere Nutzung. Sie versuchen ein Gleichgewicht zu finden zwischen der Pflichtaufgabe der Stadt Zittau, Zeiten für das Schulschwimmen zur Verfügung zustellen, den Nachfragen nach Zeiten durch die Vereine, und Zeiten für die Öffentlichkeit.

Bernadette Ast, SG Robur Zittau und Mitglied im Sportbeirat äußert ihre Bedenken zur Beschlussvorlage der Schwimmförderung, die heute noch auf der Tagesordnung des Stadtrates zur Beschlussfassung steht. Dazu hat sie folgende Fragen. Warum sind die Vereine bei der Erarbeitung dieser Förderrichtlinie nicht involviert worden? Warum wurde nicht berücksichtigt, dass die Vereine, wenn solche massiven Veränderungen kommen, rechtzeitig informiert werden? Was machen wir

mit den Kindern, die nach Bildungskarte in den Vereinen sind? Warum wurde bei der Ausarbeitung des Vorschlages zur Förderung des Schwimmsports beispielsweise nicht berücksichtigt, dass die Schwimmsportvereine andere Ansprüche haben?
Sie äußert ihre Kritik dahingehend, dass es kein Nutzungskonzept für das Stadtbad gibt.

OB Zenker antwortet. Die Förderrichtlinie ist als Vorschlag der Verwaltung, auch mit ihnen konkret diskutiert worden. Sie haben an meinen Tisch die gleich Kritik geäußert, durchaus berechtigt, aber die Verwaltung nimmt sich das Recht heraus, aus Verwaltung Sicht Vorlagen zu erarbeiten. Im Sportbeirat wurde versucht, insbesondere auch mit den Sportvereinen andere Wege zu diskutieren. Das wissen Sie! Es gib einen Gegenvorschlag, das ist die 50- Prozent-Variante. Die frühzeitige Einbeziehung der Vereine in die Gesamtsituation ist eine heikle Angelegenheit. Zuallererst war eine Diskussion im HSK notwendig, wo ist eine Bereitschaft des Stadtrates da, wo und an welchen Stellen was zu tun. Im November 22 wurde beschlossen, wo welche Kürzungen stattfinden. Wir haben über alle freiwilligen Budgets eine 50%ige Kürzung beschlossen. Zur unterschiedlichen Förderung muss und wird durch eine entsprechende Kostenanpassung erfolgen. Dazu ist man aktuell weiter in der Diskussion und Aufgabe des Betreibers.

Herr Lehmann aus Dittelsdorf hat Anfragen zur vorzeitigen Abwahl des stellvertretenden Bürgermeisters Herr Domsgen. Ihm liegt ein Schriftstück der Stadträtin Susanne Kapron vor. Aufgrund des Schriftstückes wurden zwei Beschlussvorlagen durch die Stadtverwaltung erarbeitet, wo Frau Kapron als Fraktionsvorsitzende betitelt wird. Das sind zwei Beschlussvorlagen der Fraktion Die LINKE. Kritik übt er an der Form des Schreibens und die sich daraus ergebene Erstellung einer Beschlussvorlage. Darin wurde Sie als Fraktionsvorsitzende betitelt sowie ist für ihn nicht erkennbar, dass es ein Antrag der Fraktion ist. Deshalb stellt er die direkte Frage an Frau Kapron:

„Warum haben Sie der Stadtverwaltung mitgeteilt, dass es sich um einen Antrag der Fraktion die Linke handelt?“

Stadträtin Kapron antwortet. „Es handelt sich um einen Fraktionsantrag, den sie mit der Fraktion gemeinsam besprochen hat. Das war per Wats-App in der Fraktionsgruppe und wenn Sie möchten, kann Sie ihm den Chat gern zeigen. Da ist auch der Beweis zu sehen, dass Herr Hentschel-Thöricht involviert war.“

Herr Lehmann möchte von Frau Kapron weiterwissen, ob Sie der Stadtverwaltung mitgeteilt hat, dass es ein Fraktionsantrag ist. Frau Kapron bestätigt dies kopfnickend. Weiter möchte er wissen, ob Sie sich erinnern kann, dass sie den Stadträten in der Sitzung am 28.04.22 mitgeteilt hat, dass die Bezeichnung „Fraktionsvorsitzende“ falsch ist und geändert wurde.

Frau Kapron antwortet. „Ich kann mich daran nicht erinnern.“

Herr Lehmann zitiert aus einen Bescheid der Kommunalaufsicht.

OB Zenker kann den Ausführungen von Herrn Lehmann nicht mehr folgen. Er stellt fest, dass sich nicht nur die Kommunalaufsicht, sondern zwischenzeitlich auch die Staatsanwaltschaft damit beschäftigen mussten.

Uwe Koch aus Hirschfelde fragt i.S. Asylheim in Rosenthal nach. Hierzu hatte er im letzten Stadtrat um einen Gesprächstermin gemeinsam der Bürgerinitiative und der Stadt gebeten.

OB Zenker ist mit dem Landrat, wie verabredet, zusammengekommen, denn die Entscheidung trifft der Landkreis. Herr Landrat Meyer hat darum gebeten mit dem Gesprächstermin zu warten, bis es tatsächlich Ergebnisse gibt, die zu verkünden sind. Im Mai soll es dazu kommen.

Weiter Anfragen aus der Bürgerschaft gibt es nicht.